

# **ÜBER DIE BEGRIFFE „ELEKTRIZITÄT“ UND „VERSORGUNGSSICHERHEIT“. UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER VERÄNDERUNGEN DURCH DAS GESETZ ZUM ELEKTRIZITÄTSMARKT IN DER TÜRKEI**

**DR. IUR. CAGLAR ÖZEL<sup>1</sup>**

Sumario: I. EINLEITUNG; II. DIE BEGRIFFE „ELEKTRIZITÄT“ UND „ENERGIE“;  
III. ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT; IV. SCHLUSSFOLGERUNGEN; V.  
LITERATURVERZEICHNIS

## **I. EINLEITUNG**

Im Jahre 2001 erließ das Parlament der Türkei das Gesetz zum Strommarkt (EPK). Dieses Gesetz hat das Ziel, die Vorbereitung von erforderlichen Infrastrukturen für einen neuen Markt zu schaffen, der aus inländischen und ausländischen Teilnehmern besteht. Durch dieses Gesetz sollten die grundlegenden wirtschaftlichen Entwicklungen, nämlich die Versorgung, Einspeisung und Verteilung von Elektrizität befördert werden, indem alle relevanten Abläufe im Elektrizitätssektor schneller und effizienter gestaltet werden und gleichzeitig den Verbrauchern eine sichere, kontinuierliche und günstige Energieversorgung gewährleistet werden kann.<sup>2</sup> Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verkündete das türkische Parlament am 9.7.2008 ein Gesetz mit dem Titel „Über die Veränderungen des Gesetzes zum Elektrizitätsmarkt sowie anderer Gesetze“<sup>3</sup> (EPK-ÄnderungsG), in dem eine Reihe von bedeutenden Änderungen u.a. des EPK vorgesehen ist. Das wichtigste an diesen Änderungen ist, dass sie, zumindest dem Wortsinn nach, eine „Reform“ des Elektrizitätsmarktes darstellen soll. In diesem Zusammenhang soll in dieser Arbeit auf die Veränderungen aufgrund des neuen Gesetzes eingegangen werden, wobei allerdings eine Untersuchung jeder einzelnen Regelungsänderung den vorgegebenen Rahmen sprengen würde. Deshalb beschränkt sich diese Untersuchung auf eine wichtige Bestimmung aus diesem Kontext und zwar auf das Schlagwort der „Sicherheit in der Energieversorgung“, da es das erklärte Ziel des Gesetzgebers ist, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Instrumentarien zur

---

<sup>1</sup> Hacettepe Universität, 06800 Ankara –Türkei. Mail:cozel@hacettepe.edu.tr. Diese Arbeit wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Türkische wissenschaftliche und technische Forschungsinstitution (TUBITAK) finanziell gefördert. Ich danke Frank Merkle von der Ruhr Universität Bochum für die freundliche Unterstützung, die zur Entstehung dieses Beitrags notwendig war.

<sup>2</sup> Siehe: Gesetzesbegründung (<http://www2.tbmm.gov.tr/d21/1/1-0791.pdf>).

Gesetz No: 5784 “Enerji Piyasası Kanunu ve Bazı Kanunlarda Değişiklik Yapılması Hakkında Kanun, RG. (Abl.) No: 26948 von 26/07/2008.

Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung<sup>4</sup>, die sowohl die Gewinnung bzw. Produktion, als auch die Verteilung in jeglicher Form<sup>5</sup> umfasst, zu schaffen.

Bevor dieses Thema behandelt werden kann, sind allerdings einige wichtige Grundbegriffe für den relativ jungen Bereich der „Stromwirtschaft“ im türkischen Recht zu klären. Zur Einführung in das Thema wird zunächst auf die Begriffe „Energie“, „Elektrizität“ und das Energierecht im Allgemeinen eingegangen, sowie ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung und des Elektrizitätsrechts in der Türkei gegeben. In diesem Zusammenhang werden im Rahmen der Arbeit die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Energieversorgungssicherheit unter Berücksichtigung des Energierechts dargestellt.

## **II. DIE BEGRIFFE „ELEKTRIZITÄT“ UND „ENERGIE“**

### **1. Elektrizität als eine Form von Energie**

Wenn es um Energie geht, verwendet man diesen Begriff meist im Kontext von „Energiebedarf“ oder „Energieknappheit“. Der Bedarf an Energie ist heute so groß und bedeutend geworden, dass ein Verzicht hierauf nicht mehr vorstellbar ist. Währenddessen der Begriff der Energie in seinem heutigen Gebrauch als ein neuer Begriff benutzt wird, ist er eigentlich ein sehr alter Begriff. Schon Aristoteles beschrieb ihn vor 2000 Jahren als „die reine Wirksamkeit aus sich selbst“, und als den „actus überhaupt“ welcher enthält „...was werden soll; die sinnliche Gestalt.....ist nur die Veränderung“.<sup>6</sup>

Heute ist es nun offensichtlich, dass die Energie ein wirtschaftliches aber auch unabdingbares Mittel des Lebens selbst ist.<sup>7</sup> Für alle Staaten, gleichgültig welche politische oder wirtschaftliche Konzeption sie vertreten, ist die Verfügbarkeit von Energie die wichtigste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft des jeweiligen Landes, da eine verlässliche und ausreichende Energieversorgung von allen Wirtschaftszweigen benötigt wird.<sup>8</sup>

Die von Menschen am häufigsten genutzten Energieformen sind Wärmeenergie und Elektrizität. Ohne jeden Zweifel ist Elektrizität, die einen der größten und

---

<sup>4</sup> Siehe: Entscheidungsgrund des Gesetzes (<http://www2.tbmm.gov.tr/d23/1/1-0554.pdf>).

<sup>5</sup> Vergl.: Deutsches Rechts-Lexikon, München 1992, S. 1185.

<sup>6</sup> Zu diesen Bewertungen und insbesondere zum Ursprung und zur Entwicklung des Energiebegriffs ausführlich, siehe: Grunwald, Jürgen, Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften, Verlag De Gruyter Recht, Berlin 2003, S. 1 und a.a.O. zitierte Werke; Vergl. List, Friedrich, Energierecht, Verlag für Angewandte Wissenschaften, Wiesbaden 1952, S. 2.

<sup>7</sup> Mit den Worten des deutschen Verfassungsgerichts, welche inzwischen in diesem Zusammenhang sehr bekannt sind, ist Energie „so allgemein wie das Interesse am täglichen Brot“ (BVerfGE 91, 186 [206]).

<sup>8</sup> Burckhardt, Helmut, Der Energiemarkt in Europa, Kyklos Verlag-Basel, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1963, S. 4.

kompliziertesten Wirtschaftssektoren hervorgebracht hat, einer der wesentlichen Bestandteile des modernen Lebens<sup>9</sup> und stellt einen gigantischen technischen Erfolg dar.

Nach den Angaben der EU ist der Bedarf an Elektrizität in den letzten Jahren schneller gestiegen als der Bedarf an anderen Energieformen und wird aller Voraussicht nach weiterhin kontinuierlich ansteigen. Zu der gleichen Prognose kommt eine Studie des türkischen Ministeriums für Energie und natürliche Ressourcen, nach der sich der Stromverbrauch in der Türkei bis ins Jahr 2020 fast verdoppeln wird.<sup>10</sup>

## **2. Energie und Recht**

### **A) Energie als rechtlicher Begriff**

#### *a) Allgemeines*

Weil es nicht einfach ist, die Energie als rechtlich umfassenden Begriff auszudrücken, vermeiden viele Gesetzgeber eine solche Definition.<sup>11</sup> Auch im türkischen Recht gibt es keine gesetzliche Definition von Energie. Allerdings wurden in der Literatur einige Versuche unternommen, eine handhabbare Definition zu finden, worauf im Folgenden eingegangen wird.

Seit Beginn der Nutzung der Elektrizität hat man sich auch mit deren rechtlichen Gesichtspunkten beschäftigt: In einer frühen Studie von 1906 stellte Anton Schlecht fest, dass der „Rechtsbegriff nicht die ‚Elektrizität‘ oder den ‚elektrischen Strom‘ oder die ‚elektrische Kraft‘, sondern die ‚elektrische Energie‘ bzw. die ‚elektrische Arbeit‘ beschreibt.<sup>12</sup>

Eine lexikalische Definition des Energierechts lautet: „Das Energierecht ist eine komplexe Rechtsmaterie, die sich weder dem öffentlichen Recht noch dem Zivilrecht vollständig zurechnen lässt, sondern ein Konglomerat von Regelungsinhalten und

---

<sup>9</sup> Elektrizität stellt ein Fünftel aller abschließenden Energie dar, die in der EU verbraucht wird (siehe: [http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/energy/electricity/electricity\\_en.html](http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/energy/electricity/electricity_en.html))

<sup>10</sup> Das Grünbuch, S. 19,17; Nach den Angaben des türkischen Ministeriums für Energie und natürliche Ressourcen wird für das Jahr 2020 der Elektrizitätsverbrauch auf 5692 GWH Pro-Kopf geschätzt (2007 lag der Verbrauch bei 2558 GWH). (<http://www.enerji.gov.tr/> vom 27.08.2008).

<sup>11</sup> In der Türkei gibt es nicht wie in Deutschland ein einzelnes „Energiewirtschaftsgesetz“, das wie im dortigen § 3 Nr. 14 EnWG unter Energie „Elektrizität und Gas, soweit sie zur leitungsgebundenen Energieversorgung“ verwendet wird versteht, sondern ein Gesetz über den Elektrizitätsmarkt und den Gasmarkt, in denen jeweils der Begriff der Energie nicht definiert wird. Das Gesetz vom 20.2.2001 über den Elektrizitätsmarkt verwendet das Wort „Energie“ allerdings entweder in zusammengesetzter Form, als „Elektrizitätsenergie“ oder „Energiequelle“ usw. oder einzeln, ohne diesen jedoch zu definieren.

<sup>12</sup> Siehe: Schlecht, Anton, Recht der Elektrizität, J. Schweizer Verlag, München 1906, S. 4; „Nicht nur die Techniker und Wirtschaftler konnten unbekümmert um die Rechtsnatur der Energien bleiben, sondern auch der Jurist der Technik und der Wirtschaft brauchte sich über diese Frage weder zu unterrichten noch gar schlüssig zu werden“ (List, Energierecht, S. 3).

Regelungszielen enthält. Vielfach wird das Energierecht in einem engeren Sinne als Recht der leitungsgebundenen Energieversorgung verstanden.<sup>13</sup>

Als weitere Definition des Begriffs des Energierechts<sup>14</sup> ist es auch möglich, das Energierecht als ein Gesetzssystem zu verstehen, dass mit dem Ziel aufgebaut wurde, die Energiepolitik dieses Landes konkret durchzusetzen.<sup>15</sup> Nach der Meinung von Leidinger<sup>16</sup> kann man das Energierecht im Allgemeinen wie folgt umschreiben: „Das Energierecht kann als die Summe aller Normen verstanden werden, die -im weitesten Sinne- Vorgänge der Energieversorgung (i.S.v. Erzeugung, Verteilung, Handel) regeln“.

Das Energierecht, in seiner multidisziplinären Verfassung, zeigt sich sowohl mit öffentlich-rechtlichem<sup>17</sup> als auch zivilrechtlichem Charakter. Dies wird sichtbar durch die Regelungen zu den Grundsätzen der Organisation und zum Funktionieren der Energieunternehmen (wie z.B. Bergwerke, Kraftwerke, Gaswerke, Handelsunternehmen aus der Energiebranche) und den Normen, die „die Problematik der Herstellung (bzw. der Gewinnung), der Verarbeitung, des Transports, des Verbrauchs sowie des Handels mit Energiestoffen, Brennstoffen, Energieträgern und der Energie schlechthin regeln“<sup>18</sup>.

Nach der Ansicht Pyziols, umfasst der zivilrechtliche Teil des wie oben verstandenen Energierechts zwei Gruppen von Vorschriften. Der erste Teil dieser Vorschriften regelt die außervertragliche Verantwortung der Energieunternehmen für Schäden, die Personen oder Sachgütern aus verschiedenen Gründen zugefügt werden, hauptsächlich aber durch den Betrieb des Unternehmens als solches.

Den zweiten Teil bilden die zivilrechtlichen Vorschriften des Energierechts, welche den Bereich des Verkehrs mit Energierohstoffen, Treibstoffen und der Energie regeln.<sup>19</sup>

Gemäß Art. 762 des Türkischen Zivilgesetzbuches (TMK) sind natürliche Kräfte, die technisch beherrschbar sind, Objekte des Eigentums. In diesen Sinnen versteht man Energie auch als natürliche Kraft, soweit sie beherrschbar ist. Dagegen

---

<sup>13</sup> Deutsches Rechts-Lexikon, München 1992, S. 1184.

<sup>14</sup> Über den engeren und weiteren Sinn des Begriffs Energierecht und die Veränderungen der Begriffsbestimmungen siehe: Grunwald, Energierecht, S. 5 ff.

<sup>15</sup> Siehe: Narita, Yoriaki, Das Energierecht in Japan – ein Überblick, in: Berg- und Energierecht vor den Fragen der Gegenwart, Festschrift für Fritz Fabricius zum 70. Geburtstag, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart-München-Hannover 1989 (S. 411-421), S. 413.

<sup>16</sup> Leidinger, Tobias, Energieanlagenrecht, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden 2007, S. 39.

<sup>17</sup> Stromdiebstahl ist auch in der Türkei ein Straftatbestand (siehe: Türkisches Strafgesetzbuch Art. 142/I (f)).

<sup>18</sup> Wojciech Pyziol, Die zivilrechtlichen Regelungen im Energierecht (in: Allgemeines Verwaltungsrecht und Energierecht, Hrsg.: Peter J. Tettinger, Institut für Berg- und Energierecht der Ruhr- Universität Bochum 1990, (S. 151-162) S. 151.

<sup>19</sup> Pyziol, Die zivilrechtlichen Regelungen, S. 152.

werden im deutschen Zivilgesetzbuch (BGB) nur körperliche Gegenstände als Sache akzeptiert<sup>20</sup>

Trotzdem besteht heute über die Einordnung der Energielieferungsverträge<sup>21</sup> als zivilrechtliche Verträge kein Zweifel mehr. Die Rechtsprechung und die ihr folgende Literatur behandeln sie wie Kaufverträge<sup>22</sup> oder zumindest kaufähnliche Verträge<sup>23</sup>, indem sie die Elektrizität als Ware definieren.<sup>24</sup>

Ausgehend von dem Regelungsbereich des Elektrizitätsmarktgesetzes kann man das Elektrizitätsenergierecht mittels dieses Rahmens definieren. Dieser Rahmen wird bestimmt und ausgefüllt durch die Regelungen hinsichtlich der Erzeugung, der Leitung, der Verteilung, des Groß- und Kleinhandels, der hierzu gehörenden Dienste, der Ein- und Ausfuhr, der Rechte und Aufgaben der am Markt beteiligten juristischen und natürlichen Personen sowie die Begründung, Bearbeitungsvorgänge und Grundsätze der Betätigung von Elektrizitätsmarktregulierungsbehörden und die Privatisierung der Elektrizitätserzeugungs- und Leitungsanlagen.

#### *b) Energierecht als Rechtsdisziplin*

AJ Bradbrook ist der Meinung,<sup>25</sup> dass das Energierecht als Verteilung von Rechten und Aufgaben, die zwischen einzelnen Privatpersonen, zwischen Privatpersonen und Behörden, zwischen verschiedenen Behörden und zwischen Staaten

---

<sup>20</sup> Nach der herrschenden Meinung umfasst der Wortlaut des § 90 BGB auch Energien, wie z.B. elektrische Kraft, Wärme, Wasserkraft (Siehe: Münchener Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch, Allgemeiner Teil, Verlag C.H. Beck, München 2001, § 90, Rn. 4).

<sup>21</sup> „Nach allgemeiner Verkehrsanschauung sei die Lieferung von Elektrizität nicht anders als die einer Sache zu behandeln. In der energierechtlichen Literatur wird dagegen eingewandt, dass Strom aufgrund der mangelnden Lager- und Übergabefähigkeit weder als bewegliche Sache noch als Ware einzustufen sei, stattdessen den Charakter einer technischen Dienstleistung habe. Gerade die Stromversorgung unterscheide sich vom normalen Warenverkehr durch die Bedeutung des Zeitpunktes, in dem Elektrizität erzeugt und geliefert wird, für die Kosten und Preisbildung. Deshalb sei der Energielieferungsvertrag als Rechtsgeschäft *sui generis* zu behandeln...“ (Hamacher, Joachim, Monopolmissbrauch von Elektrizitätsversorgungsunternehmen bei der Gestaltung ihrer Sonderabnahmepreise, Nomos Verlag, Baden-Baden 1999, S. 129).

<sup>22</sup> Siehe: § 433 BGB, vergl. Art. 182 des Türkischen Obligationengesetzes (TBK).

<sup>23</sup> Siehe: § 445 BGB, vergl. Art. 218 TBK.

<sup>24</sup> Hamacher, Monopolmissbrauch, S. 129.

<sup>25</sup> AJ Bradbrook, “Energy Law as an Academic Discipline” (196) 14:2 JERL 194 (zitiert von: Redwell, Catherine/Roggenkamp M. Martha/Ronne, Anita/Del Guayo, Ingo, in: Energy Law in Europe, National, EU and International Law and Institutions, Edited by: Martha M. Roggenkamp Anita Ronne, Oxford University Press, /Catherine Redgwell/Ingo Del Guayo, New York 2001, S. 7, Rn. 1.09).

<sup>26</sup> Obwohl das Energierecht in Europa schrittweise zu einer akademischen Disziplin wird, ist diese Entwicklung nicht einheitlich. Gleichwohl können die Entwicklungen auf EG-Ebene dazu führen, eine gemeinsame Struktur und eine größere Vergleichbarkeit in diesem Bereich herbeizuführen (siehe dazu: Redwell, Catherine/Roggenkamp M. Martha/Ronne, Anita/Del Guayo, Ingo, S. 7-8, Rn. 1.11).

bestehen, um alle Energiequellen auszunutzen" und als unabhängige Rechtsdisziplin anzusehen ist.

Nach seiner Ansicht gibt es acht „gesellschaftliche“, und sieben „rechtswissenschaftliche“ Gesichtspunkte, die es rechtfertigen, dass das Energierecht als selbstständige Disziplin angesehen wird. Nach der Meinung des Verfassers beziehen sich die rechtswissenschaftlichen Erwägungen auf die rechtlichen Merkmale des Energierechts als interdisziplinäres, rechtsübergreifendes (nicht nur innerhalb einer Rechtsordnung, sondern auch in Bezug auf nationales und internationales Recht) Fachgebiet, auf die praktischen und theoretischen Anwendungen, die Dynamik, die dem Thema innewohnt und die Verbindungen mit wirtschaftlichen Fragen und Umweltproblemen.<sup>26</sup>

Gesellschaftliche Gesichtspunkte sind demnach folgende:

- (i) Energierecht ist ein multidisziplinäres Thema und gewinnt durch die Anerkennung als akademische Disziplin an Wert
- (ii) Energierecht bietet neue Themen im Feld der technologischen Entwicklung und der Gesetzgebung
- (iii) die "überwältigende soziale Bedeutung" von Energie
- (iv) Beitrag der Energiepolitik zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung
- (v) Sicherheitsfaktoren, einschließlich der destabilisierenden Wirkung von Quellenabhängigkeit, Quellenkonflikten, und Risiken, wie z.B. der Folgen der Kernenergie (Unfall, Diebstahl, Weiterverbreitung von Kernwaffen)
- (vi) das moralische und ethische Ausmaß, einschließlich der Auswirkungen für folgende Generationen hinsichtlich der Verknappung der Energiequellen in der Gegenwart und der Beseitigung radioaktiver Abfälle
- (vii) die Rolle der Regierungen, insbesondere im Rahmen der Privatisierung der vielen Energieunternehmen, die vorher staatlich waren
- (viii) individuelle Einstellungen zu Energiefragen, von besonderer Bedeutung im Rahmen der Regulierungs- und Deregulierungstechniken, beeinflusst durch die Wahl des Verbrauchers

## B) Elektrizitätsenergierecht in der Türkei

### a) *Geschichtliche und wirtschaftliche Grundlagen*

Die Geschichte der Stromenergie auf dem früheren Gebiet der Türkei beginnt am Anfang des 20. Jahrhunderts, als im Jahre 1902 zum ersten Mal die Elektrizität zum Zwecke der Beleuchtung verwendet wurde.<sup>27</sup>

In der Türkei wurde am 15.09.1902 zum ersten Mal in der Kleinstadt Tarsus mittels eines Triebwerks einer Wassermühle 2 KW Strom erzeugt und durch einen Transformator der städtischen Bevölkerung nutzbar gemacht. Nachfolgend wurden damalige osmanische Städte wie Saloniki, Damaskus und Beirut durch Privatunternehmer elektrifiziert.<sup>28</sup> Allerdings stand der breiten Bevölkerung Elektrizität erst 1913 zur Verfügung. Im selben Jahr wurde ein großes Kraftwerk in Istanbul Silahatarağa in Betrieb genommen.<sup>29</sup>

Die erste gesetzliche Regelung für die Elektrizitätswirtschaft bildet das im Jahre 1910 erlassene Gesetz über die Privilegierung der Stromerzeugung, welches am 10. Juni 1910 in Kraft trat und „Gesetz über den Privilegierungen der öffentlichen Interessen“<sup>30</sup> hieß. Nach dieser Privilegierung wurde die Osmanische Elektrizität AG, die von der Ungarische Ganz AG, Bank de Bruxelles und Banque Generale de Credit gegründet worden ist, angewiesen, in Istanbul Strom zu produzieren und zu verteilen.

Nach der Gründung der türkischen Republik wurden die Kraftwerksanlagen, welche den Strom erzeugten und bei deren Betrieb am Anfang als Brennstoffe Braunkohle, Wasser und Öl verwendet wurden, durch die ausländischen Unternehmer gebaut und durch die privilegierten inländischen und ausländischen Unternehmen, sowie durch Stadtgemeinden oder Privatpersonen, nach 1935 nur durch die Stadtgemeinden, bewirtschaftet. Am 25.10.1970 trat das „Gesetz zur Gründung einer türkischen Elektrizitätsbehörde (TEK)“ in Kraft, um die Elektrifizierung in der Türkei weiter voranzutreiben, weitere Elektrizitätsproduktionsanlagen zu bauen sowie die Versorgung der Verbraucher mit Elektrizität zu gewährleisten.

Die dritte Periode der Entwicklung des türkischen Stromrechts beginnt mit der Privatisierungsbewegungen in der Türkei in den 80er Jahren, die auch in anderen Ländern zu dieser Zeit einsetzte. Die Liberalisierung der Netzwirtschaften hat maßgebliche Liberalisierungsimpulse gesetzt und führte zu einer umfassenden Öffnung der Netzwirtschaften gegenüber einem freien Wettbewerb<sup>31</sup>. Die Liberalisierung des

---

<sup>27</sup> Demir A. Lütfi, *Bir Devlin Şanlı Tarihi ve Sonu*, Ankara 1999, S. 1.

<sup>28</sup> Siehe: Altınay, *Enerji Hukuku*, S. 2; Demir, *Bir Devlin Şanlı Tarihi ve Sonu*, S. 3.

<sup>29</sup> „Weil damals die Berater des Sultans der Meinung waren, dass die Elektrizität vergleichbar gefährlich sei wie eine Bombe oder wie Dynamit, wurde z.B. der Bau eines Elektrizitätswerkes in Istanbul verboten. Als der Sultan zu einer Feierlichkeit die vollbeleuchtete Villa von Cemil Molla erblickte, schob er die Bedenken beiseite und ließ das Schloss Yıldız elektrifizieren. Während im Zeitraum von 40 Jahren nach der ersten Verwendung der Elektrizität in Europa nur 6 % der Gesamtbevölkerung der Türkei Zugang zur Elektrizität hatte, wurden innerhalb von 10 Jahren nach der Gründung der Türkei durch Atatürk 105 Städte und Kleinstädte mit Elektrizität versorgt (Demir, *Bir Devlin Şanlı Tarihi ve Sonu*, S. 3, 4).

<sup>30</sup> „Menafii Umumiyye Mütcellik İmtiyazat Hakkında Kanun“ (Gesetz Nr. 982)

<sup>31</sup> Christian Koenig/Jürgen Kühling/Winfried Rasbach, *Energierrecht*, Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Frankfurt am Main 2006, S. 21.

Handels in der Türkei geht zurück ins Jahr 1980, als die damalige Regierung sich mit ihrem Programm zu einer wichtigen Reform verpflichtete, mit dem Inhalt und Ziel, die türkische Wirtschaft für den Wettbewerb zu öffnen. Seit den 30er Jahren verfolgte der türkische Staat eine nach innen gerichtete Politik auf der Grundlage von staatlichen Unternehmen, die einen umfangreichen Schutz gegen ausländische Konkurrenz beinhaltete. Die Ziele der Reform von 1980 waren die Kürzungen der Subventionen, die Einführung von Preiskontrollen, die Liberalisierung und Internationalisierung des Wechselkurssystems sowie der Liberalisierung des Handels mit Blick auf die Förderung.<sup>32</sup>

Die TEK, die bis 1984 ein gesetzliches Monopol innehatte, wurde im Jahre 1993 in zwei verschiedene staatliche Unternehmen (TEAŞ und TEDAS) durch eine Entscheidung des Ministerrats aufgespalten. In dieser Phase wurde durch Regelungen eine Privatisierung des Energiesektors in die Hand genommen.<sup>33</sup> Das Elektrizitätsmarktgesetz wurde 2001 erlassen und damit die Marktliberalisierung im Elektrizitätssektor eingeleitet. Die TEAŞ (Türkische Elektrizitätserzeugung AG) wurde später in drei Firmen aufgeteilt, die durch Gesetz für folgende Subsektoren verantwortlich sind: EUAŞ (Erzeugung), TEİAŞ (Lieferung) und TETAŞ (Großhandel) sind die Unternehmen, die für diese Subsektoren verantwortlich sind.

*b) Das Gesetz über den Strommarkt von 20.02.2001 (EPK)*

Da der Elektrizitätssektor in der Türkei in den 90er Jahren einem bedeutenden Veränderungsprozess unterworfen war, hat das türkische Parlament am 20.02.2001, wie oben am Anfang des Aufsatzes kurz erwähnt, das Strommarktgesetz (EPK) beschlossen. Es wurde damals eine einheitliche Regelung des Sektors, und zwar eine Regelung, die der strategischen Bedeutung der Elektrizität Rechnung trug und mit den Normen des europäischen Rechts, insbesondere hinsichtlich der Zollunion, vereinbar war, geschaffen.

*ba) Inhalt des Gesetzes*

Inhaltlich bestimmt das EPK die zur Gestaltung der staatlichen Energiepolitik zuständigen Organe und regelt die Staatsaufsicht über die Energiewirtschaft<sup>34</sup>.

---

<sup>32</sup> Zur Geschichte der Privatisierungsverhandlungen im Elektrizitätsleitungssektors und Funktion der TEDAŞ (türkische Elektrizitätsleitung AG), die u.a. aus der früheren Elektrizitätsbehörde (TEK) entstanden ist, siehe: [http://www.enerjinesahipcik.org/resimler/ekler/87ff679a2f3e71d\\_ek.pdf?tipi=4&turu=&sube=0](http://www.enerjinesahipcik.org/resimler/ekler/87ff679a2f3e71d_ek.pdf?tipi=4&turu=&sube=0).

<sup>33</sup> Z.B. durch die Modifizierung des Gesetzes von 1984, Nr. 3096, welches die Liberalisierung des Elektrizitätssektors zum Thema hat; Durch das Gesetz von 1994, Nr. 3996 oder das Gesetz von 1997, Nr. 4283; für eine ausführliche Liste siehe: <http://www.dpt.gov.tr/dptweb/ekutup98/kilcim/kit/kit.html#k3096>.

<sup>34</sup> Gemäß Art. 1 des EPK-VeränderungsG.



Im ersten Artikel des Gesetzes werden die grundlegenden Ziele des Gesetzes festgelegt. Nach dieser Bestimmung ist der Zweck des Gesetzes die Versorgung der Verbraucher mit Elektrizität in einer möglichst effizienten, hochwertigen, dauerhaften, preisgünstigen und verbraucherfreundlichen Art und Weise. Weitere Ziele sind die Schaffung eines finanziell starken, stabilisierten und transparenten Elektrizitätsenergiemarkts, der durch die Regelungen des Wettbewerbs- und Zivilrechts mitbestimmt wird und einer unabhängigen Regulierung und Kontrolle unterliegt.

*bb) Umfang des Gesetzes*

Der Umfang des Gesetzes bestimmt sich nach Art. 1 Abs. 2 EPK. Gemäß diesem Artikel umfasst das Gesetz die Aktivitäten, bezüglich der Energieerzeugung, der Hochspannungsverteilung (İletim), der Niederspannungsverteilung (Dağıtım), des Groß- und Einzelhandels sowie die Dienste des Einzelhandels, das Exportieren und Importieren der Elektrizität und die Rechte und Pflichten von natürlichen und juristischen Personen, die mit diesen Aktivitäten in Verbindung stehen. Ferner sind auch die Gründung und Arbeitsweise der Regulierungsbehörde sowie die Privatisierungsmethoden von Stromproduktions- oder -verteilungsanlagen im Bereich der Stromwirtschaft in Art. 1 EPK geregelt.

*bc) Veränderungen des Strommarktgesetzes durch das Gesetz von 9.07.2008*

Sicherung der Energieversorgung heißt Steuerung von Produktion, Einfuhr, Verteilung und Verbrauch der einzelnen Energieträger wie Kohle, Erdöl, Erdgas, Wasser, Kernbrennstoffen und Energien zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Staates.<sup>35</sup>

Da das Gesetz von 2001 Nr. 4628 „Gesetz über den Stromenergiemarkt“ (EPK) die gesteckten Ziele nicht erreichen konnte, war die Regierung gezwungen, weitere Maßnahmen, namentlich durch das „Gesetz zur Veränderung des Strommarktgesetzes und anderer Gesetze“ durchzuführen. Diese waren neben der Lösung einzelner nach Erlass des EPK aufgetretenen Probleme in erster Linie eine umfassende und einheitliche Regelung der Versorgungssicherheit, die in verschiedenen Artikeln des EPK nur uneinheitlich und lückenhaft geregelt war. Die Änderungen hinsichtlich der Versorgungssicherheit werden im Folgenden behandelt.

---

<sup>35</sup> Grawert, Rolf, Gesetzliche Regelungen zur Versorgungssicherung und Energieeinsparung, in: Berg- und Energierecht vor den Fragen der Gegenwart, Festschrift für Fritz Fabricius zum 70. Geburtstag, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart-München-Hannover 1989 (S. 335-355), S. 335.

### III. ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT

#### 1. Zielsetzung und Begriffsbestimmung

Da Energie ein enorm wichtiges Lebens- und Wirtschaftsgut ist, kommt der Gewährleistung der Energieversorgung eine tragende Bedeutung innerhalb der Energiewirtschaft zu. Mit den Worten des deutschen Bundesverfassungsgerichts ist „...aufgrund der Energieabhängigkeit der modernen Industriegesellschaft (...) die Sicherheit der Energieversorgung von überragender Bedeutung“.<sup>36</sup> Dafür gibt es innerhalb dieses Bereichs seit jeher, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Regelungen. Zwar gab es im türkischen Recht vor Erlass des „Gesetzes zur Veränderung des Strommarktgesetzes und anderer Gesetze“ eine Verordnung mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität zu bestimmen. Diese war allerdings durch den ungenügend bestimmten Rahmen des EPK nicht ausreichend. Ziel dieser Verordnung war es, die Elektrizitätsleitungssysteme günstiger planen zu können, zu betreiben, zuverlässiger zu machen, und den Verbrauchern hochwertige, und ausreichende Elektrizität zu einem verhältnismäßigen Preis anzubieten<sup>37</sup>, was die Hauptthemen der Energieversorgung darstellt. Die Energieversorgungssicherheit lässt sich in jeweils vier verschiedene Oberbegriffe einteilen. Diese sind: a) ausreichende und regelmäßige Lieferung; b) sichere und leistungsfähige Netze; c) erforderliche Qualität; d) angemessene Preise.<sup>38</sup>

Die Energieversorgungssicherheit wird erreicht durch vorbeugende Maßnahmen, die den Nachfragebedarf ständig und hochwertig decken und durch erforderliche Kapazitätsinvestitionen, die eine langfristige Sicherung der Versorgung garantieren.<sup>39</sup>

Trotz der neuen Regelung hat sich national, wie auch international keine einheitliche Regelung des Begriffs der Versorgungssicherheit herausgebildet. Dagegen gibt es vielerlei Definitionen in der Lehre bzw. in der Judikatur oder durch die betreffenden Institutionen. Im weitesten Sinne kann man die Sicherung der Energieversorgung als Steuerung von Produktion, Einfuhr, Verteilung und Verbrauch der einzelnen Energieträger wie Kohle, Erdöl, Erdgas, Wasser, Kernbrennstoffe und Energien zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Staates verstehen.<sup>40</sup>

Es gibt auch andere Definitionen, die den Schwerpunkt auf verschiedene andere Aspekte legen.<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> BVerfGE 30, 292, 323 f.

<sup>37</sup> RG (ABl.): 10.11.2004 Nr. 25639.

<sup>38</sup> Vergl.: Heini/Walter/Simmen, Vorstudie, S. 9, Grafik 1.

<sup>39</sup> [http://www.american-turkish-council.org/events/cleanenergy/pdf/TuesdayAfternoonBallroom1/TutusAyla\\_2008CleanEnergy.pdf](http://www.american-turkish-council.org/events/cleanenergy/pdf/TuesdayAfternoonBallroom1/TutusAyla_2008CleanEnergy.pdf).

<sup>40</sup> Grawert, Gesetzliche Regelungen, S. 335.

<sup>41</sup> Ausführlich siehe dazu: Heini/Walter/Simmen, Vorstudie, S. 32 ff.

Die EU äußert sich zum Begriff der Elektrizitätsenergieversorgungssicherheit folgendermaßen: „Die langfristige EU-Strategie für die Energieversorgungssicherheit muss im Hinblick auf das Wohl der Bürger und der Wirtschaft sicherstellen, dass Energieträger fortlaufend und zu für alle Verbraucher (Privathaushalte und Industrie) verkraftbaren Preisen auf dem Markt zur Verfügung stehen, wobei Umwelterwägungen und das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, das im Vertrag über die Europäische Union festgeschrieben ist (Artikel 2 und 6), zu berücksichtigen sind. Die Sicherung der Versorgung zielt keineswegs darauf ab, ein Höchstmaß an Energieautarkie zu erzielen oder die Abhängigkeit auf das geringstmögliche Niveau zu drosseln, sondern darauf, die mit dieser Abhängigkeit verbundenen Risiken zu mildern. Anzustreben sind unter anderem die Ausgewogenheit und Diversifizierung der verschiedenen Energiequellen (nach Energieträgern und geographischen Zonen) sowie der Beitritt der Erzeugerländer zur WTO.“<sup>42</sup>

## **2. Sicherstellung der Stromlieferung**

Weil sich elektrische Energie nach dem neuesten Stand der Technik, mit Ausnahme durch Wasserkraftwerke, Pumpspeicher und Batterienspeicher, nicht konservieren lässt, muss Strom daher vom Kraftwerk immer zeitgleich zur Nachfrage bereitgestellt werden. Dies macht den Unterschied zu anderen Energieformen aus, woraus sich zudem der hohe Stellenwert der Stromleitungen ergibt.<sup>43</sup> Es ist offensichtlich, dass Energieleitungen funktionsfähig, zuverlässig und sicher sein müssen. Als energiepolitisches Ziel der Europäischen Union wird deshalb Versorgungssicherheit eindeutig durch die mehrfach erwähnte Richtlinie ausgedrückt.<sup>44</sup>

Weil Elektrizität nicht im großen Rahmen kosteneffektiv gespeichert werden kann, müssen die nationalen und internationalen (verbundenen) Netze von den Betreibern so austariert sein und Erzeugerreserven vorgehalten werden, dass sich die Menge des erzeugten Stroms und die Nachfrage danach jederzeit decken. Die Netzabhängigkeit führt zu Komplikationen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen allen Beteiligten der Stromnetzwirtschaft.<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> Grünbuch, Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit [http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy-supply/doc/green\\_paper\\_energy\\_supply\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy-supply/doc/green_paper_energy_supply_de.pdf).

<sup>43</sup> Schneider, Jens-Peter/Theobald, Christian, Recht der Energiewirtschaft, C.H. Beck, München 2008, S. 3.

<sup>44</sup> Immenga, Ulrich, Europäische Fusionskontrolle und nationale Versorgungsinteressen, in: Wettbewerbs- und Versorgungssicherheit, Bonn University Press, Göttingen 2007, S. 70.

<sup>45</sup> [http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/energy/electricity/electricity\\_en.html](http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/energy/electricity/electricity_en.html).

Eine der wichtigsten Methoden zu Verwirklichung der Versorgungssicherheit ist die Herstellung der Energie aus verschiedenen Quellen. Die Versorgungssicherheit ist ein offensichtliches Problem des Energiesektors.<sup>46</sup>

Das türkische Mitgliedskomitee des World Energy Council<sup>47</sup> betonte in einer Pressemitteilung vom 16.03.2008, dass zu einer wirksamen Einschätzung von Angebot und Nachfrage im Energiesektor konkrete Angaben und Zahlen notwendig seien. Darüberhinaus werden notwendige Investitionen aufgrund fehlender finanzieller Mittel der öffentlichen Hand nicht vollzogen und Private scheuen diese Investitionen ebenfalls, da geforderte staatliche Sicherheiten nicht gewährt werden, was Probleme bei der Versorgungssicherheit zur Folge hat.<sup>48</sup>

### 3. Die Bestimmungen des Gesetzes über die Versorgungssicherheit

A) Aufgabenverteilung und verantwortliche stellen für die sicherung der versorgung („Zusatzbestimmung art. 3 lit. A EPK“)

Die „Zusatzbestimmung Art. 3 EPK“ regelt vorrangig die Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Bereich der Versorgungssicherheit. Danach ist das Ministerium für Energie und natürliche Ressourcen<sup>49</sup> für die Überwachung und für Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungssicherheit verantwortlich. Zusätzlich werden für die Türkische Elektrizitätsleitungs AG (TEDAS), private Leitungsfirmen, Energieversorgungsunternehmen und die Strommarktregulierungsbehörde (EPDK) folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten festgelegt:

#### *a) Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Türkische Elektrizitätsleitung AG*

Gemäß der Regelung „Zusatzbestimmung Art. 3 lit. a Absatz 1 Satz 1 EPK“ ist die Türkische Elektrizitätsleitungs AG verantwortlich für die Planung der Leitungsnetze. Aufgabe ist, die Reduktion Hindernisse für den Bau der Leitungen auf ein minimales Niveau zu reduzieren, die Errichtung von Leitungsnetzen, der Betrieb der Leitungsnetze, die Erhaltung der Zuverlässigkeit des Systems, die Planung von Erzeugungskapazitäten und die Vorbereitung langfristiger Entwicklungsprogramme für die Elektrizitätserzeugung.

---

<sup>46</sup> Çağlayan, Zafer, Arz Güvenilirliği ve Kaynak Çeşitliliği, İşveren Şubat 2006 ([http://www.tisk.org.tr/isverensayfa.asp?yazi\\_id=1398&id=73](http://www.tisk.org.tr/isverensayfa.asp?yazi_id=1398&id=73)).

<sup>47</sup> “Dünya Enerji Konseyi Türk Milli Komitesi”

<sup>48</sup> Siehe: [http://www.dektmk.org.tr/Elektronikbulten/16.sayi/DEK-TMK\\_basin\\_bildirisi.pdf](http://www.dektmk.org.tr/Elektronikbulten/16.sayi/DEK-TMK_basin_bildirisi.pdf) vom 23.08.2008.

<sup>49</sup> Die Zuständigkeit dieses Ministeriums ergibt sich durch den Verweis auf Art. 1 Abs. 3 Satz 1 EPK.

Die Türkische Elektrizitätsleitungs AG kann den Bau neuer Stromerzeugungsanlagen im Zusammenhang mit Nebendienstverträgen<sup>50</sup> (Verträge für private Bauträger/Subunternehmer) ausschreiben und/oder die Kapazität von vorhandenen (auch privaten) Stromerzeugungsanlagen anmieten, damit die Zuverlässigkeit des Systems beibehalten und die regionalen Bedürfnisse des Systems, vor allem bei ungenügender Kapazität, erfüllt werden können (Art. 3 lit. a Absatz 1 Satz 2 EPK).

Das Entgelt, welches durch die Türkische Elektrizitätsleitungs AG zu zahlen ist, setzt sich aus der Kapazitätsmiete und den eingepreisten Systembetriebskosten zusammen. Der sich u.a. aus den Systembetriebskosten ergebende Energiepreis wird je nach Art und Weise der Nutzung im Rahmen der Verordnung über die Ausgleichung und Schlichtung (Dengeleme ve Uzlaştırma Yönetmeliği)<sup>51</sup> durch die Marktbeteiligten und/oder durch die Erbringer der Nebendienstleistungen, die durch kommerzielle Verträge gebunden sind, übernommen (Art. 3 lit. a Absatz 1 Satz 3 EPK).

Die Grundsätze und Verfahren der Vergabe durch die Türkische Elektrizitätsleitungs AG im Sinne der Nebendienstverträge und der Kapazitätsvermietung müssen, gemäß dem EPK, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durch eine Verordnung, die wiederum durch die Türkische Elektrizitätsleitungs AG vorbereitet und vom Elektrizitätsmarktregulierungsausschuss<sup>52</sup> zu genehmigen ist (Art. 3 lit. A Absatz 1 Satz 3 EPK), geregelt werden.

#### *b) Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Verteilungsfirmen*

Die Verteilungsunternehmen (Netzbetreiber), die für den Einzelhandel lizenziert sind, sind verpflichtet, die Nachfrage der Verbraucher, die sich den Betreiber nicht aussuchen können,<sup>53</sup> zu decken und für die Elektrizitätsversorgung im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ihrem Versorgungsgebiet zu sorgen.

Die betroffenen juristischen Personen sollen für jeweils 5 Jahre, jährlich bis Ende Dezember, die voraussichtliche Spitzenlast (Puant güç)<sup>54</sup> und die geschätzte Gesamtstrommenge durch die Verteilungsunternehmen den Behörden mitteilen. Die Verteilungsunternehmen müssen daneben ihren eigenen Strombedarf, zusätzlichen

---

<sup>50</sup> Nebendienstverträge (yan hizmet sözleşmeleri/“Hilfsdienstverträge“) sind Verträge über Dienste, die zur Sicherung des Betriebs von Leitung und Verteilung und der Bereitstellung der Elektrizität gemäß Verordnung über Nebendienstverträge zustande kommen und durch die zuständigen Personen durchgeführt werden (Art. 1 Absatz 3 Nr. 38 EPK).

<sup>51</sup> Siehe: RG (ABl.) von 21.12.2004 Nr. 25677.

<sup>52</sup> Elektrik Piyasası Düzenleme Kurulu (Energiamarktregulierungsausschuss).

<sup>53</sup> Verbraucher ohne Wahlmöglichkeit (Serbest olmayan tüketici) ist in diesem Zusammenhang jede natürliche oder juristische Person, die Strom und/oder Stromkapazität nur von den Einzelhandelsverkaufsfirmen oder von einer Verteilungsfirma kaufen kann, die eine Einzelhandelsverkaufslizenz in ihrer Region besitzt (Art. 1 Absatz 3 Nr. 20 EPK).

<sup>54</sup> Spitzenlast (puant güç) ist die höchste Leistung, die während der Nutzung auftreten kann.

Energie- und Kapazitätsbedarf sowie die dafür geschlossenen Verträge bei der Behörde<sup>55</sup> anmelden (Art. 3 lit. a Absatz 2 Satz 2 EPK).

*c) Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Energieversorgungsunternehmen*

Die Energieversorgungsunternehmen<sup>56</sup>, welche die Nachfrage der Verbraucher, die den Versorger auswählen können, für kommende Jahre decken, sollen jedes Jahr bis Ende Dezember des vorhergehenden Jahres bei der Behörde anmelden, aus welcher Quelle der Energiebedarf für diese Verbraucher stammt (Art. 3 lit. a Absatz 3 EPK).

*d) Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Energiemarktregulierungsbehörde*

Der Gesetzgeber formuliert in Art. 3 lit. a Absatz 4 Satz 1 EPK die sogenannte Überwachungsaufgabe für die Energiemarktregulierungsbehörde. Es geht darum, dass geplante Anlagen innerhalb einer durch die Vorschriften bestimmten Frist errichtet und ans Netz gehen müssen. Darüber hinaus überwacht die Energiemarktregulierungsbehörde den Prozess der Herstellung von Energieerzeugungsanlagen durch die dafür lizenzierten Unternehmen.

Gemäß dem letzten Abschnitt von Art. 3 lit. a Absatz 4 Satz 1 EPK ist die Energiemarktregulierungsbehörde für die Mengenkontrolle und für den regelmäßigen Bericht der für den Zeitraum von 5 Jahren lizenzierten Erzeugungskapazitätsmengen gegenüber dem Ministerium zuständig. Vom Ministerium erhält die Türkische Elektrizitätsleitungs AG diese Daten für ihre Planung des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage in diesem Bereich.

**B) Ausbau der bestehende kapazität und schaffung von ersatzkapazitäten (Art. 3 Lit. B EPK)**

---

Der Ausbau der bestehenden Kapazität und die Schaffung der (notwendigen) Ersatzkapazität ist im Gesetz folgendermaßen formuliert: Die Verbesserung der Versorgungssicherheit setzt einen Kapazitätsmechanismus<sup>57</sup> voraus, der die Erweiterung

---

<sup>55</sup> Kurum (gemäß Art. 1 Abs. 3 Nr. 6 EPK) bezeichnet hier die Elektrizitätsmarktregulierungsbehörde (auf Türkisch: Enerji Piyasası Düzenleme Kurumu; geändert am 18.4.2001, RG (ABl.) Nr. 4646 / Art. 14).

<sup>56</sup> Elektrizitätsversorgungsunternehmen (Tedarikçi) sind die Groß- oder Einzelhandelsunternehmen, bzw. deren Tochterfirmen, die zur Elektrizitätserzeugung und /oder zur Kapazitätsbeschaffung lizenziert sind, oder selbst ihre Betriebsstätten versorgen (Art. 1 Absatz 3 Nr. 18 EPK).

<sup>57</sup> Ausführlich zum Thema Preismechanismus im Bezug auf die Elektrizität siehe die Studie von Deloitte unter:

[http://www.metutech.metu.edu.tr/download/File/TR/turkey\(tr\)\\_er\\_Turkiye\\_\\_elektrik\\_enerjisi\\_piyasasi\\_041206.pdf](http://www.metutech.metu.edu.tr/download/File/TR/turkey(tr)_er_Turkiye__elektrik_enerjisi_piyasasi_041206.pdf) vom 03.09.2008) „Devlet Planlama Teşkilatı” (State Planning Organisation Turkey)

von bestehenden Kapazitäten durch Schaffung von erforderlichen Ersatzkapazitäten bestimmt.

Die Methoden und Prinzipien um diesen Kapazitätsmechanismus herauszubilden, werden durch eine Verordnung bestimmt. Diese Verordnung, die durch das Ministerium in Absprache mit der Energiemarktregulierungsbehörde entworfen wird, muss gemäß der „Zusatzbestimmung Art. 3 lit. b EPK“ innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Veränderungsgesetzes des EPK erlassen werden und tritt durch Beschluss des Ministerrates in Kraft.

3) Die Überwachung und Bewertung der Versorgungssicherheit („Zusatzbestimmung Art. 3 lit. c EPK“)

Nach der „Zusatzbestimmung Art. 3 lit. c Satz 2 EPK“ wird der Bericht über die Nachfrageprognose für die nächsten 20 Jahre alle zwei Jahre in Absprache mit dem Staatssekretär der staatlichen Ablaufplanung<sup>58</sup> und mit der Energiemarktregulierungsbehörde durch das Ministerium für Energie und natürliche Ressourcen vorbereitet und veröffentlicht.

Nach der Veröffentlichung des Berichts über die Nachfrageprognose in der Türkei bereitet die Türkische Elektrizitätsleitungs AG einen langfristigen Entwicklungsplan für die Elektrizitätserzeugung vor und berichtet dem Ministerium, das die endgültige Genehmigung erteilt. Enthalten sind für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre vorgesehene Nachfragevoraussagen, die potenziell vorhandenen Angebote und Angebotsmöglichkeiten, die herkömmlichen und alternativen Brennstoffquellen, die Struktur der Leitungs- und Verteilungssysteme und ihre Entwicklungspläne, die Im- und Exportpotentiale um die künftige Energiepolitik zu beeinflussen. Nach der Genehmigung wird dieser Plan durch das Ministerium veröffentlicht (Art. 3 lit. c Satz 3 EPK).

Im Rahmen der Erzeugungskapazitätsprognose legt die Türkische Elektrizitätsleitungs AG jedes Jahr mittels eines Ausblicks für die nächsten 5 Jahren die langfristigen Entwicklungsprogramme für Erzeugung der Elektrizitätsenergie und den kurz- und mittelfristigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage fest und hat gegenüber dem Ministerium eine Berichtspflicht (Art. 3 lit. c Satz 4 EPK).

Das Ministerium hat jedes Jahr bis zum 31. Dezember den Bericht über die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie dem Ministerrat zu übergeben. Dieser Bericht umfasst die oben bestimmten Tätigkeiten und die Ergebnisse des Elektrizitätsmarktentwicklungsberichts, der von der Energiemarktregulierungsbehörde bereitgestellt wird, das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, die Alternativquellen und den Zustand des Leitungs- und Verteilungssystems und der Erzeugungsanlagen. Der Bericht enthält zudem die Voraussagen, über den Status Quo und die weitere Entwicklung des Elektrizitätsmarktes, die Bestimmungen der

Versorgungssicherheit sowie die Lösungsvorschläge zu den im Berichtszeitraum festgestellten Problemen (Art. 3 lit. c Satz 5 EPK).

Wenn die Elektrizitätserzeugungsinvestitionen die Nachfrage der Elektrizitätsenergie nicht decken und/oder wenn festgestellt wird, dass die Spitzenlast nicht mit einem bestimmten Ersatz abgedeckt werden kann, besteht die Möglichkeit einer Ausschreibung durch Beschluss des Ministerrates. Die Methoden und die Prinzipien dieses Ausschreibungsverfahrens werden durch eine Verordnung bestimmt, die innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durch das Ministerium in Absprache mit der Energiemarktregulierungsbehörde vorzubereiten ist und mit Beschluss des Ministerrates in Kraft tritt (Art. 3 lit. c Satz 6 EPK).

Wenn das Ministerium feststellt, dass durch die oben genannten Maßnahmen die Versorgungssicherheit nicht garantiert werden kann, ist der Ministerrat berechtigt, mit Hilfe der öffentlichen Elektrizitätserzeugungsfirmen erforderliche Erzeugungsanlagen bauen zu lassen und alle sonstigen Maßnahmen, die dazu dienen, die Versorgungssicherheit herzustellen, zu ergreifen (Art. 3 lit. c Satz 7 EPK).

#### **IV. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Die seit längerer Zeit bestehende Einsicht, dass Energie ein wirtschaftliches und unabdingbares Mittel des Lebens ist, wird durch die fortschreitende Industrialisierung mit gleichzeitiger Verknappung der Ressourcen immer drängender und aktueller. Als rechtliches Gebiet und wissenschaftliche Disziplin hat das Energierecht eine sehr große Bedeutung gewonnen. Das Energierecht, in seiner multidisziplinären Verfassung, zeigt sich sowohl mit öffentlich-rechtlichem als auch mit zivilrechtlichem Charakter. In diesem Sinne besteht das Energierecht aus den Grundsätzen, die die Organisation und das Funktionieren der Energieunternehmen bestimmen (wie z.B. Bergwerke, Kraftwerke, Gaswerke, Handelsunternehmen aus der Energiebranche). Sodann besteht das Energierecht aus Normen, die die Schwierigkeiten bei der Herstellung oder bei der Gewinnung, der Weiterverarbeitung, dem Transport, des Verbrauchs sowie beim Handel mit Energieträgern regeln.

Zur Sicherung der Elektrizitätsnachfrage muss über die zeitliche Abstimmung, Anzahl und Struktur von neugebauten Erzeugungsanlagen eine langfristige Planung erfolgen, damit Investoren und Regulierungsbehörden einen planbaren Handlungsrahmen erhalten. Weil dies nicht geschah sind weder inländische noch ausländische private Investoren zu neuen Investitionen bereit gewesen und haben sich lediglich eine Lizenz für ein Engagement gesichert.<sup>59</sup> Damit ist offensichtlich, dass die größte Herausforderung bei der Stromversorgung die Sicherheit und Effizienz der

---

<sup>59</sup>(Dünya Enerji Konseyi Türk Milli Komitesi 2005/2006 Türkiye Enerji Raporu (<http://www.dektmk.org.tr/docs/enerji-raporu-2005-2006.pdf>))



Versorgung ist. Neben dem erforderlichen Ausbau der Versorgungsnetze kann demnach die vorrangig zu bewältigende Aufgabe nur lauten, die heimischen Energiequellen, wie z.B. Steinkohle und Braunkohle, Biomasse (chemische Energie), sowie die anderen erneuerbaren Energien wie Solarenergie (Strahlungsenergie) und Windenergie (kinetische Energie), Geothermik (thermische Energie) und Wasserkraft (kinetische Energie) so schnell und umfassend wie möglich zu verwerten und in die türkische Energieversorgung mit einzubeziehen.

## **V. LITERATURVERZEICHNIS**

Altınay, Galip, in: Enerji Hukuku, (Energierrecht) C.I, Yılmaz/Katırcıoğlu/Altınay/Ardıyok/ Ilıcak/Gültekin/Önal/ Akçaoğlu, Ekin Verlag, Bursa 2007.

Bedlowski-Kozioł, Michał, Wettbewerb und Regulierung in der Polnischen Energiewirtschaft, Carl Heymanns Verlag KG, Köln, Berlin, München 2005.

Burckhardt, Helmut, Der Energiemarkt in Europa, Kyklos Verlag-Basel, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1963.

Çağlayan, Zafer, Enerji Sorunu: Arz Güvenilirliği ve Kaynak Çeşitliliği (Energieproblem, Versorgungssicherheit und Ressourcenvielfältigkeit), İşveren, Şubat 2006. ([http://www.tisk.org.tr/isveren\\_sayfa.asp?yazi\\_id=1398&id=73](http://www.tisk.org.tr/isveren_sayfa.asp?yazi_id=1398&id=73) vom 15.08.2008).

Christian Koenig/Jürgen Kühling/Winfried Rasbach, Energierrecht, Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Frankfurt am Main 2006.

Demir A. Lütfi, Bir Devlin Şanlı Tarihi ve Sonu, (Über die Geschichte und das Ende eines brillianten Riesen) Ankara 1999.

Deutsches Rechts-Lexikon, München 1992.

Grawert, Rolf, Gesetzliche Regelungen zur Versorgungssicherung und Energieeinsparung, in: Berg- und Energierrecht vor den Fragen der Gegenwart, Festschrift für Fritz Fabricius zum 70. Geburtstag, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart-München-Hannover 1989.

Grünbuch, Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit ([http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy-Supply/doc/green\\_paper\\_energy\\_supply\\_de](http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy-Supply/doc/green_paper_energy_supply_de). Pdf vom 29.08.2008).

Grunwald, Jürgen, Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften, Verlag De Gruyter Recht, Berlin 2003.

Hamacher, Joachim, Monopolmissbrauch von Elektrizitätsversorgungsunternehmen bei der Gestaltung ihrer Sonderabnahmepreise, Nomos Verlag, Baden-Baden 1999.

Immenga, Ulrich, Europäische Fusionskontrolle und nationale Versorgungsinteressen, in: Wettbewerbs und Versorgungssicherheit, Bonn University Press, Göttingen 2007.

Leidinger, Tobias, Energieanlagenrecht, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden 2007.

List, Friedrich, Energierecht, Verlag für Angewandte Wissenschaften, Wiesbaden 1952.

Münchener Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch Allgemeiner Teil, Verlag C.H. Beck, München 2001.

Narita, Yoriaki, Das Energierecht in Japan – ein Überblick, in: Berg- und Energierecht vor den Fragen der Gegenwart, Festschrift für Fritz Fabricius zum 70. Geburtstag, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart-München-Hannover 1989.

Redwell, Catherine/Roggenkamp M. Martha/Ronne, Anita/Del Guayo, Inigo, in: Energy Law in Europe, National, EU and International Law and Institutions, Edited by: Martha M. Roggenkamp Anita Ronn, Oxford University Press, /Catherine Redgwell/Inigo Del Guayo, New York 2001.

Schlecht, Anton, Recht der Elektrizität, J. Schweizer Verlag, München 1906.

Schneider, Jens-Peter/Theobald, Christian, Recht der Energiewirtschaft, Verlag C.H. Beck, München 2008.

Sommer, Heini (Projektleitung)/ Walter, Felix / Simmen, Helen, Versorgungssicherheit im Bereich der Elektrizität Vorstudie ([http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=de&name=de\\_154080331.pdf](http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=de&name=de_154080331.pdf) vom 18.08.2008)

Türkoğlu, Gültekin, Elektrik Enerjisi Sektöründe Yeni Bir Yapılanma Önerisi (Ein Vorschlag für Strukturänderung des Elektrizitätssektors), Emo Enerji Toplumsal Haber ve Araştırma Dergisi, N. 3 EKİM/2007 ([http://www.emo.org.tr/resimler/ekler/2dfa10de3475125\\_ek.pdf?dergi=486](http://www.emo.org.tr/resimler/ekler/2dfa10de3475125_ek.pdf?dergi=486)) vom 20.08.2008).

Türkoğlu, Gültekin, Tasarı Umut Vermedi, (Der Entwurf gibt keine Hoffnung) Cumhuriyet Enerji, Nisan 2008, S. 4-5 ([http://www.emo.org.tr/resimler/ekler/e59327f1a6ccf54\\_ek.pdf?dergi=515](http://www.emo.org.tr/resimler/ekler/e59327f1a6ccf54_ek.pdf?dergi=515) vom 28.08.2008).

*Über Die Begriffe „Elektrizität“ und „Versorgungssicherheit“. Unter Berücksichtigung der Veränderungen durch das Gesetz zum Elektrizitätsmarkt in der Türkei*

Wojciech Pyziol, Die zivilrechtlichen Regelungen im Energierecht (in: Allgemeines Verwaltungsrecht und Energierecht, Hrsg.: Peter J. Tettinger, Institut für Berg- und Energierecht der Ruhr- Universität Bochum 1990.